

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Boten
frei ins Haus monatlich 80.00 Mark.
Bestellungen nehmen die Anzeiger
und für Auswärtige die Postämter
entgegen. — Erscheint werktäglich,
Sonn- und Feiertag ausgenommen.
Fernspr.-Anschluß Nr. 33.
Telegramm: Tageblatt Erzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1098

Das Wichtigste vom Tage.

Der Rechtsausschuß des sächsischen Landtags beschloß gestern, dem kürzlich stattgefundenen Volksbegehren auf Landtagsauflösung zu entsprechen und den Landtag sofort aufzulösen. Die entscheidende Landtagsitzung wurde auf den 14. September einberufen.

Frankreich und Belgien stimmten in der Reparationskommission gegen Gewährung eines Moratoriums an Deutschland. England stimmte dafür, Italien enthielt sich der Abstimmung.

Sachamtl. wird gemeldet: Der Reichskanzler wird die Geschäfte des Auswärtigen Amtes bis mit der Gesamtleitung der Politik in engster Beziehung stehen, auch weiterhin führen.

Der Dollar stand heute vormittag in Berlin vorläufig auf 1200.

Sofortige Auflösung des sächsischen Landtags.

Ein Beschluß des Rechtsausschusses.

Der Rechtsausschuß des sächsischen Landtags beriet gestern über das Volksbegehren und über den sozialdemokratischen Antrag auf Veränderung der Verfassungsbestimmungen über die Landtagsauflösung mit dem Ziele einer befristeten Landtagsauflösung. Der Antrag des Reichsräters Graf (Soz.) auf Verfassungsänderung wurde abgelehnt, und zwar mit den Stimmen der Republikaner und der Kommunisten. Dagegen wurde der Antrag des Reichsräters Müller (Dnt.) auf sofortige Auflösung des Landtags mit den Stimmen der Bürgerlichen und der Kommunisten gegen die Stimmen der beiden Regierungsparteien (Soz. und Unabh.) angenommen. Die nächste Landtagsitzung, in der nun endgültig über die Auflösung beschlossen werden wird, findet nicht, wie anfangs festgesetzt, am 8. September, sondern am 14. September statt.

Die Neuwahlen in Sachsen sind um einen wesentlichen Schritt nähergerückt worden, nachdem der Rechtsausschuß mit den Bürgerlichen und den kommunistischen Stimmen den auf die Auflösung des Landtages gerichteten volksparteilichen Antrag angenommen hat. Nach diesem Antrag findet die Auflösung sofort statt, also ohne die von sozialdemokratischer Seite befürwortete Befristung, durch die bewirkt werden sollte, daß der alte Landtag noch bis zum Zusammentritt des neuen weiter in Funktion geblieben wäre. Die Sozialdemokratie hätte dadurch erreicht, daß die beiden ihr besonders am Herzen liegenden Gesetzentwürfe über die Gemeindereform und die Pflichten der Beamten gegen die Republik noch vor den Neuwahlen unter Dach und Fach gebracht worden wären. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei wandte sich gegen den sozialdemokratischen Antrag mit der Begründung, daß ein aufgelöster Landtag, der noch Gesetze beschließen, verfassungsmäßig etwas Unmögliches darstelle. Die Demokraten suchten diese auch von ihnen erkannte verfassungsrechtliche Schwäche des sozialdemokratischen Antrages dadurch zu beseitigen, daß sie das Scherengewicht auf die Fortdauer der Wahlperiode legten und demgemäß zum Paragraph 9 der Verfassung die Anfügung der Klausel vorschlugen: Im Falle der Auflösung endet die Wahlperiode mit dem Tage der Neuwahlen. Ferner sollte der Landtag während der Zeit seiner künstlichen Lebensverlängerung nach dem demokratischen Antrage nur noch solche Angelegenheiten erledigen dürfen, deren Dringlichkeit von zwei Dritteln der gesetzlichen Abgeordnetenzahl anerkannt würde.

Der Rechtsausschuß hielt aber in seiner Mehrheit besondere Bestimmungen für die parlamentarische Zeit zwischen der Auflösung des alten und dem Zusammentritt des neuen Landtages nicht für erforderlich, sondern beschloß die sofortige Auflösung schlechthin. Am 14. September wird die Vollversammlung das letzte entscheidende Wort darüber zu sprechen haben, ob dem Antrage des Rechtsausschusses auf sofortige Auflösung stattgegeben oder das Ergebnis des Volksbegehrens abgemauert werden soll. Im bürgerlichen Lager wird man nunmehr mit dem ganzen Ernste, den die Lage erfordert, an die Vorbereitungen zum Wahlkampf, dessen baldiger Beginn nicht mehr zweifelhaft sein kann, herangehen müssen.

Der Niedergang der deutschen Volkswirtschaft.

Ein Aufruf des Reichswirtschaftsrats zur Ertragssteigerung der Arbeit.

Der Wirtschaftspolitische und der Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrats haben in einer gemeinsamen Sitzung eine Entschließung über die Ursachen und Folgen des Verfalls der deutschen Währung

und die zu seiner Bekämpfung anzuwendenden Mittel einstimmig angenommen. Die Einleitung der Resolution weist zunächst nochmals den Vorwurf zurück, Deutschland habe mit Absicht seine Währung in Verfall geraten lassen, um sich der Erfüllung seiner Reparationsverpflichtungen zu entziehen. Die Resolution stellt fest, daß die Hauptursache des Zusammenbruchs der Marktwährung die immer wieder erneute Verzögerung der zur Zahlungsfähigkeit Deutschlands nötigen angemessenen Regelung der Reparationsfrage ist. Sie beruft sich dabei auf die Beschlüsse der Genuefer Konferenz über die Finanzfrage und auf die Darlegungen in dem Bericht der Pariser Bankierkonferenz, wonach mit aller Eindeutigkeit ausgesprochen wird, daß die Stabilisierung der Währung ohne endgültige Regelung der Reparationszahlungen und den sonstigen Schulden unmöglich ist. Der Ausschuß erhebt, indem er betont, daß in ihm alle Kreise der deutschen Wirtschaft, Unternehmer und Arbeiter, vertreten sind, nachdrücklich und feierlich Einspruch gegen die Behauptung, die Marktentwertung sei durch Maßnahmen der Regierung oder durch das Verhalten maßgebender Wirtschaftskreise bewirkt worden. Die Resolution weist dann auf die verhängnisvollen Folgen fortwährenden Abwärtsdrifts auf die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk hin. Das Ende dieser Entwicklung läge im Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft sein. Vorbedingung für das Gelingen aller Maßnahmen zur Festigung des Marktes sei der

Ausschuß der Zahlungen und die Anpassung der Sachlieferungen an die Bedürfnisse und die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und Zahlungsbilanz.

Die Hilfeleistung auf internationaler Grundlage müsse von Maßnahmen der deutschen Wirtschaftspolitik begleitet sein, die das Ziel verfolgen, höchste Kraftleistung des deutschen Volkes bei der Abwehr der ihm drohenden Gefahren zu erreichen. Einseitige, unverantwortliche Überwilligkeit aller Schichten der Bevölkerung sei die unerlässliche Vorbedingung. Im einzelnen stellt die Resolution für die inneren Maßnahmen der Währungs- und Abwehrmaßnahmen wirtschaftliche, handelspolitische, finanzpolitische und produktionsökonomische Maßnahmen auf. Am Schluß heißt es:

Der Ausschluß hält es nicht für erforderlich, den Produktionsausfall auf einzelnen Gebieten der Wirtschaft zu betonen und Einzelmaßnahmen vorzuschlagen, die hier Abhilfe bewirken sollen. Dieses Grundübel, an dem die deutsche Wirtschaft krankt, kann nur beseitigt werden, wenn in allen Bevölkerungsschichten die dringende Not der Gegenwart das Gefühl für die Pflicht erweckt, das Beste auszumachen, um mit der Erhöhung des Ertrages der heimischen Arbeit die Voraussetzung für die Besserung der Verhältnisse zu schaffen. Kein Vorurteil und kein Profitinteresse, kein politischer und kein wirtschaftlicher Glaubenssatz dürfen und dürfen höher stehen als die Notwendigkeit, durch erhöhte Arbeitsleistung Volk und Heimat vor dem Verfall in Elend, Inkultur und Verfallung zu retten. Der Ausschuß fordert alle Beteiligten auf, in dieser Gesinnung an die Lösung der Aufgabe, den Produktionsertrag der deutschen Wirtschaft zu erhöhen, heranzutreten.

Ein versöhnlicher Abschluß.

Der Reichskanzler Wirth hat am 30. August einen erst jetzt veröffentlichten Brief an den bayerischen Ministerpräsidenten Graf Berchthold gerichtet, in dem er das Ergebnis der Berliner Rückfragen noch einmal zusammenfaßt und präzisiert, gleichzeitig aber auch auf die schwere außenpolitische Lage hinweist. Die die Geschlossenheit der ganzen Nation verlangt. Der Inhalt der zusammenfassenden Darlegungen des Kanzlerbriefes war schon vorher bekannt. Tragend ist die Veröffentlichung bezeichnend, weil sie noch einmal einen dokumentarischen Beweis dafür liefert, mit welcher Behutsamkeit und mit welchem Entgegenkommen von den amtlichen Berliner Stellen die bayerischen Beschwerden behandelt worden sind. Diese Feststellung ist umso notwendiger, als die sich bayerischen Ausschüßsieber in München und Frankfurt am Main bis in die letzten

Tage hinein ihre gefäßliche Politik gegen die Reichsregierung und die angeblich zu schwächliche bayerische Regierung Berchtholds fortsetzen und den Heilungsprozess der frischen Wunde mit allen Kräften zu verhindern suchen.

Dieses in gegenwärtiger Zeit geradezu hochverräterische Treiben muß nicht nur in Norddeutschland, sondern auch in allen vaterländischen Kreisen Bayerns selbst Abscheu und Entrüstung erregen. Wenn der Brief des Reichskanzlers auch nur einen Teil der verführten Hegey zur Vernunft bringen sollte, hätte er, abgesehen von der notwendigen authentischen Auslegung und Fixierung der letzten Berliner Abmachungen, seinen Zweck erreicht.

In dem Schreiben des Reichskanzlers an Graf Berchthold heißt es u. a.: Der Wunsch nach Errichtung eines bayerischen Senats hat sich schon bei den früheren Verhandlungen als für die Reichsregierung unannehmbar herausgestellt.

Jedoch wiederholte ich gern die Zusage, daß die Erneuerung der Mitglieder des für Süddeutschland bestimmten Senats nach Vereinbarung mit den beteiligten Landesregierungen erfolgen und ihm drei bayerische Landräter und eine entsprechende Zahl bayerischer Reichsgerichtsräte angehören werden. Die Möglichkeit, daß Sitzungen des Senats in einer süddeutschen Stadt stattfinden, ist gegeben. Der Herr Reichspräsident hat für Fälle des Wegnahmungsrechtes, in denen die Zuständigkeit des für Süddeutschland bestimmten Senats gegeben ist, eine Maßnahme mit der betreffenden Landesregierung in Aussicht gestellt. Es besteht kein Bedenken, einen bayerischen Senat nach der Absicht der Reichsregierung zu berufen und diesen als Referenten des Oberreichsanwalts für bayerische Sachen zu bestellen. Ganze Gebiete, insbesondere grundsätzlich aller Vergehen von der Verleitung durch den Staatsgerichtshof auszuscheiden, würde dem Sinne des Gesetzes zuwider laufen. Die gewöhnlichen Punkte bei der Frage der Aburteilung durch den Staatsgerichtshof oder Überweisung an die Länder können schon durch Maßnahmen der bayerischen Regierung gemindert werden. Ich habe keine Bedenken, wenn die bayerischen Staatsanwaltschaften von der bayerischen Regierung angeleitet werden, bei der Bearbeitung der Sachen sich gegenüber dem Oberreichsanwalt darüber zu äußern, ob sich die Überweisung an die Landesbehörde empfiehlt, ohne daß jedoch durch dieses Verfahren eine Verzögerung entstehen darf. Diese Überlegungen werden dem Oberreichsanwalt bei der Prüfung sachgemäß berücksichtigt werden.

Die Mörder in den Schreibstuben.

In der letzten Sitzung des Deutschen Katholikentages sprach der Kardinal und Erzbischof von Fribourg über die Friedensmacht der Kirche. Bemerkenswert war besonders, was der Kardinal über den inneren Frieden sagte.

Alle, führte er aus, die den Hah und wütischen Egoismus verkünden, tragen Holz für den neuen Weltbrand zusammen. Die Beziehungen der Völker können nicht friedlich sein, wenn in ihrem Innern der Bruderkrieg herrscht. Der politische Mord ist ein abscheuliches Verbrechen. Das muß immer und immer wieder in die Welt hineingeraufen werden; aber nicht bloß der politische Mord als Tat, sondern auch als Wirt, und der ist als Mörder nicht weniger schuldig, der die moralische Verantwortung trägt, wenn er gegen einzelne Persönlichkeiten eine so verbessende Sprache geführt hat, nach dem Bibelwort: Schlaget den Hirten, damit die anderen sich zerstreuen. Wenn nach solcher Verheerung endlich einer den Revolver zieht, dann brauchen wir keinen Staatsgerichtshof, um den Mörder zu suchen, dann — ist der Mörder in den Schreibstuben neuer Zeitungen, die die Leidenschaften in persönlicher Dege aufgeweckt haben.

Bemerkenswert war auch die Schärfe, mit der der Kardinal sich über den Bitterbund in seiner heutigen Gestalt aussprach. Der Bitterbund, wie er heute sei, bringe nicht den Weltfrieden, sondern den Weltfriedhof. An die katholischen Franzosen richtete der Kardinal die Frage: Könnt Ihr es uns nicht nachhelfen, wie sich unser katholisches Herz umdreht, wenn man gerade in unsere katholische Rheinprovinz Heiden und Mohammedaner als Aufseher schickt? — Nach einer Schlussansprache des Präsidenten Dr. Menauer wurde der Katholikentag geschlossen.

Der türkische Siegeszug.

Die Berichte vom türkischgriechischen Kriegsschauplatz stimmen darin überein, daß die Türken unter Mustafa Kemal eine strategisch wichtige